

Inhalt

I. Die Personalakte im Beamtenrecht	1
1. Rechtsgrundlage und Zweck von Personalakten	1
2. Inhalt der Personalakte	2
3. Einsichtnahme in die Personalakte	3
4. Berichtigungsanspruch und Entfernungsanspruch des Beamten	3
5. Verwaltungsrechtsweg/Klageart	3
II. Neues auf Rehmnetz	3
III. Beamtenblog	3

Von Markus Pferinger

Rechtsanwalt und Korrekturassistent an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft, Ansbach

I. Die Personalakte im Beamtenrecht

Die Personalakte begleitet jeden Beamten vom Zeitpunkt der Begründung des Beamtenverhältnisses bis zu dessen Beendigung, teilweise sogar darüber hinaus. Der Inhalt der Personalakte hat für die Laufbahn des jeweiligen Beamten eine immense Bedeutung. Es ist daher nicht selten, dass zwischen Dienstherrn und Beamten Streit darüber entsteht, ob ein bestimmter Vorgang oder Sachverhalt Inhalt der Personalakte wird. Auch die Frage einer Änderung der Personalakte muss immer wieder vor den Verwaltungsgerichten thematisiert werden.

Dieser Beitrag befasst sich mit einem Abriss über die Personalakte gemäß § 50 Beamtenstatusgesetz (BeamtStG) und nimmt dabei in Auszügen Bezug auf die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 16.12.2010 (Az: OVG 12 M 21.10) und die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Hannover vom 12.10.2010 (Az: 2 A 5587/08).

1. Rechtsgrundlage und Zweck von Personalakten

Nach § 50 Satz 1 BeamtStG ist für jeden Beamtin und jeden Beamten eine Personalakte zu führen. Diese ist Grundlage und Voraussetzung für den Schutz des Persönlichkeitsrechts des Beamten und die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit einer effizienten Personalverwaltung und -wirtschaft.

Um die beiden vorgenannten Zweckrichtungen zu erfüllen, ist es erforderlich, dass die Personalakte zum

einen vollständig und zum anderen richtig ist, so auch BVerwGE 50, 301 ff.

Vollständigkeit in diesem Zusammenhang bedeutet, dass die Personalakte ein möglichst vollständiges Bild von der Persönlichkeit des Beamten geben und ein zutreffendes Bild der Entstehung und Entwicklung des Dienstverhältnisses als historische im Geschehensablauf vermitteln soll, so VG Hannover, Urteil vom



Produktipp

Dr. Uwe Lorenzen †/Dr. Gerhard Etzel/Diethelm Gerhold u.a.
Bundespersönalvertretungsgesetz
Kommentar



Loseblattwerk in 3 Ordnern
mit CD-ROM
ISBN 978-3-7685-4044-5
€ 269,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der bewährte Standardkommentar von Lorenzen u.a. bietet ein zuverlässiges Hilfsmittel für Fragen zu der schwierigen und umkämpften Materie des Personalvertretungsrechts.

Die Verfasser sind seit vielen Jahren in der öffentlichen Verwaltung und in der Gerichtsbarkeit mit dem Personalvertretungsrecht befasst. So ist die Praxisnähe des Kommentars gewährleistet.

12.02.2010, Az: 2 A 5587/08, Tz. 25. Daher sind Personalakten nach dem Grundsatz der Offenheit und Richtigkeit zu führen.

In Abgrenzung zu Personalakte ist die Sachakte zu führen. Als Sachakten sind alle Unterlagen der Verwaltung zu verstehen, die nicht die persönlichen oder dienstlichen Verhältnisse der Dienstnehmer zum Gegenstand haben, sondern besonderen, von der Person und dem Dienstverhältnis sachlich zu trennenden Zwecken dienen. Zu den Sachakten gehören Prüfungs-, Sicherheits- und Kindergeldakten.

2. Inhalt der Personalakte

Zu der über jeden Beamten zu führenden Personalakte gehören alle Unterlagen, die den Beamten betreffen, soweit sie mit seinem Dienstverhältnis in einem unmittelbaren inneren Zusammenhang stehen. Dies betrifft insbesondere folgende Unterlagen:

- Einstellungsvorgänge, wie z. B.: Bewerbung, Lebenslauf, Führungszeugnis, Gesundheitszeugnis, Lichtbild, Personenstandsurkunden, Staatsangehörigkeitsnachweis, Schul- und Prüfungszeugnisse sowie anderweitige Befähigungsnachweise. Unterlagen über Einstellungsvorgänge werden jedoch nur dann Inhalt der Personalakte, wenn und sobald der Bewerber in das Beamtenverhältnis berufen worden ist.
- Nachweise über dienstliche oder allgemeinberufliche Qualifikationen
- Nachweis über Wehr- oder Zivildienst
- Bewerbungen um höherwertige Ämter/Dienstposten
- Unterlagen über Ernennungen, Vereidigung, Entlassung oder Zurruesetzung
- Abschriften von Versetzungs-, Abordnungs- oder Umsetzungsverfügungen, Abschriften von Verfügungen betreffend Elternzeit, Erholungs- oder Sonderurlaub
- Unterlagen über Nebentätigkeit
- dienstliche Beurteilungen und Abschriften von Dienstzeugnissen, ärztliche Äußerungen und Gutachten/Nachweise über Schwerbehinderung
- Besoldung/Versorgung und Beihilfen
- Mitteilungen über strafrechtliche Ermittlungsverfahren
- Disziplinarvorgänge und Disziplinarverfügungen bzw. Disziplinarurteile oder -beschlüsse.

Als Besonderheit ist hervorzuheben, dass auch erfolglose Bewerbungen über höherwertige Ämter Teil der Personalakte werden.

Außerdienstlich begangene Ordnungswidrigkeiten, die keinen Bezug zur Rechtstellung und Aufgabenfeld des Beamten haben, dürfen nicht in die Personalakte aufgenommen werden.

Bei Beschwerden ist zu differenzieren, ob sich diese gegen die sachliche Entscheidung eines Beamten richtet oder gegen das persönliche Verhalten des Beamten im Dienst.

Im erstgenannten Fall ist der Beschwerdevorgang Bestandteil der Sachakte. Im letztgenannten Fall muss differenziert werden, ob sich die Beschwerde als begründet erweist oder nicht. Im Sinne des beamtenrechtlichen Fürsorge- und Schutzgedankens muss ein Beschwerdeverfahren, welches ein persönliches Verhalten des Beamten betrifft, nur dann zusammen mit einer Abschrift des Beschwerdebescheides in die Personalakte eingeführt werden, wenn die Beschwerde begründet ist, so OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 16.12.2010, Az. OVG 12 M 21.10. Allerdings ist in diesem Fall zu berücksichtigen, ob der Beschwerde nicht ein Disziplinarvorgang folgt, welcher seinerseits zu einer Eintragung in der Personalakte führt.



Produktipp

Erwin Schütz † / Dr. Joachim Maiwald /
Dr. Robert Brockhaus u.a.

Beamtenrecht des Bundes und der Länder Kommentar

dargestellt anhand des BeamtStG und des LBG NRW,
einschließlich Vorschriftensammlung



Loseblattwerk in 6 Ordnern
ISBN 978-3-7685-5870-9
€ 189,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 449,95 ohne Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Die Teilausgabe Beamtenrecht Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen, ist jedoch auf Grund ihres Aufbaus auch für jedes andere Bundesland von großer Hilfe.

3. Einsichtnahme in die Personalakte

Selbstverständlich hat der Beamte das Recht, Einsicht in seine vollständige Personalakte zu nehmen. Darüber hinaus kommt die Einsichtnahme durch Dritte in Betracht, insbesondere durch

- die Personalvertretung,
- Gerichte / Untersuchungsausschüsse des Bundestages oder Landtages
- den Dienstherrn und ggf. Privatpersonen, z. B. Ärzten, die im Auftrag der personalverwaltenden Behörde ein medizinisches Gutachten erstellen.

Anderen Privatpersonen darf die aktenführende Stelle keine Einsicht in die Personalakte gewähren, sofern keine Einwilligung des betroffenen Beamten vorliegt oder die Abwehr einer erheblichen Beeinträchtigung des Gemeinwohls oder schutzberechtigter, höherrangiger Interessen eines Dritten die Auskunftserteilung zwingend erfordert.

4. Berichtigungsanspruch und Entfernungsanspruch des Beamten

Aus dem Gedanken der Fürsorge- und Schutzpflicht heraus ist der Dienstherr dazu angehalten, Schäden von Rechtsgütern des Beamten, z. B. seiner Ehre, abzuwenden. Daraus konkretisiert sich die Pflicht, unzutreffende Tatsachen, die in der Personalakte enthalten sind, dort selbst auch zu berichtigen, wenn sie dem Beamten zum Nachteil reichen können. In der Personalakte ist an der zu berichtigenden Tatsachenbehauptung ein entsprechender Berichtigungsvermerk einzufügen. Es muss Berücksichtigung finden, dass Berichtigungen in diesem Sinne nur für Tatsachenbehauptungen gelten. Meinungsäußerungen oder sonstige Werturteile ohne Tatsachenkern sind einer Berichtigung nicht zugänglich. Gegebenenfalls kann der Beamte bei ehrverletzenden Meinungsäußerungen einen Unterlassungsanspruch geltend machen.

Vom Berichtigungsanspruch ist der Entfernungsanspruch des Beamten zu unterscheiden. Dies betrifft Vorgänge, welche nach Ablauf bestimmter Fristen aus der Personalakte zu tilgen sind. Hiervon sind insbesondere Disziplinarmaßnahmen betroffen. Je nach Schwere und Qualität der Disziplinarmaßnahme laufen diesbezüglich unterschiedliche Tilgungsfristen.

5. Verwaltungsrechtsweg/Klageart

Für Klagen auf Personalakteneinsicht, Aufnahme einer Gegenäußerung, Berichtigung oder Entfernung ist das

Verwaltungsgericht gemäß § 40 Abs. 1 Satz 1 VwGO zuständig. Ausgenommen für den Anspruch auf Entfernung eines inhaltlich richtigen Vorganges handelt es sich jeweils um die Vornahme einer Amtshandlung ohne Verwaltungsaktscharakter, sodass die (allgemeine) Leistungsklage statthafte Klageart ist. Bei der Entfernung eines inhaltlich richtigen Vorgangs ist statthafte Klageart die Verpflichtungsklage. Sofern ein Verfahren nach dem vorläufigen Rechtsschutz geführt werden muss, ist die einstweilige Anordnung gemäß § 123 VwGO die richtige Verfahrensart. Der Erlass einer einstweiligen Anordnung ist insbesondere dann in Betracht zu ziehen, wenn die personalaktenführende Stelle beabsichtigt, gegen den Willen des Beamten Auskünfte aus der Personalakte zu erteilen oder beabsichtigt, gegebenenfalls inhaltlich falsche oder zumindest zweifelhafte und für den Beamten belastende Vorgänge in die Personalakte einzuführen.

Markus Pferinger
Rechtsanwalt

II. Neues auf Rehmnetz

- **News:** [Armes Deutschland: Unterqualifizierter Nachwuchs, unterbezahlte Lehrkräfte, unterfinanziertes Bildungssystem](#)
- **News:** [Interview zur Lage der Beamtinnen und Beamten bei den Postnachfolgeunternehmen](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

- [Ein \(zu\) dicker Hund für Beamte](#)
- [Das Abschiedsgeschenk: Vom Grundsatz der sparsamen Haushaltsführung](#)
- [Die Polizei als Zielscheibe von Gewalt](#)

Weitere Informationen zum
Beamtenrecht finden Sie auf unserer
Themenseite:

[http://www.rehmnetz.de/Personal/
Beamtenrecht.html](http://www.rehmnetz.de/Personal/Beamtenrecht.html)